

Butter statt Kanonen - Warum der Krieg in Afghanistan uns alle angeht

Deutschland führt Krieg. Seit fast zehn Jahren. Aber es gibt hier keine ausgebrannten Häuser, keine Leichenberge, keinen Hunger. Gemütlicher war Krieg noch nie.

Obwohl fast 80 % der deutschen Bevölkerung den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan befürworten, wird der Einsatz immer wieder verlängert. Dabei gäbe es, von Menschen- und Völkerrecht einmal abgesehen, ganz praktische Gründe, diesen Krieg zu beenden. Der Fortschrittsbericht der Bundesregierung Ende 2010 konnte keine Fortschritte, sondern bestenfalls ein Aufder-Stelle-Treten feststellen. Doch den Politikern fällt nichts besseres ein, als die erfolglose Strategie weiterzuführen und noch mehr Soldaten nach Afghanistan zu schicken.

Die Soldaten haben geschworen, ihr Vaterland zu verteidigen. Stattdessen finden sie sich im tausende Kilometer entfernten Kunduz wieder, wo vorgeblich unsere Freiheit verteidigt wird, tatsächlich aber die Transporttrasse für Erdöl. Fast 3000 Deutsche sind dort stationiert. Ein Drittel von ihnen, hat eine Studie der TU Dresden ergeben, erlebt in ihrem Einsatz, wie Menschen in nächster Nähe getötet oder schwer verletzt werden. Viele kommen damit nicht zurecht; etwa tausend sind seit Kriegsbeginn in psychologischer Behandlung gewesen – wegen Depressionen, Schlafstörungen oder Panikattacken.

Wehrpflichtige werden zu Auslandseinsätzen nicht herangezogen. Sind die Soldaten an ihrer Misere selbst schuld? Viele von ihnen werden durch Arbeitslosigkeit und fehlenden Lehrstellen in die Armee gedrängt, die eine solide Ausbildung verspricht. Über die Hälfte der freiwillig länger dienenden Soldaten kommen aus dem Osten, obwohl da nur ein Fünftel der Bevölkerung lebt. Unter den Soldaten in

Afghanistan sind es sogar 62 %, und entsprechend hoch ist auch ihr Anteil an den inzwischen 46 Gefallenen. In den Medien werden sie als Helden geehrt, bilden sie den Hintergrund für die Selbstdarstellung des jeweiligen Verteidigungsministers. Ob sie dieses Heldentum wollten, fragt keiner. Keiner fragt nach zerstörten Familien und den ersten Kriegswaisen nach 60 Jahren Frieden in Deutschland.

chen. Es sind Dinge, die der Staat selbst organisiert und direkt aus den Steuern bezahlt, ohne dass private Unternehmen beteiligt sind. Ein Krieg hingegen belebt das Geschäft. In den ersten acht Jahren, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung berechnet, hat uns der Afghanistankrieg 25 Milliarden Euro gekostet, mehr als drei Milliarden in jedem Jahr, acht Millionen an jedem einzelnen Tag.

Die enorme Zahl wird greifbarer, wenn man sie mit dem unsozialen Sparpaket der Regierung vergleicht. Hartz IV-Empfänger wurde das Elterngeld von 300 Euro monatlich gestrichen. Das spart pro Jahr 400 Millionen. Außerdem wird für sie kein Beitrag mehr an die Rentenversicherung abgeführt. Das bringt weitere 1.8 Milliarden Euro. Die Erhöhung des Regelatzes um fünf Euro kostete für die 7.5 Millionen Sozialhilfeempfänger nicht einmal eine halbe Milliarde.

Die Heimatfront des Afghanistan-Krieges ist der Sozialabbau. „Kanonen statt Butter“ gilt auch heute wieder, zumindest für die sozial Schwächsten: alleinerziehende Mütter, ältere Arbeitslose, Rentner mit Minirenten. Noch können junge Männer eine Arbeitsstelle bei der Bundeswehr ablehnen, ohne Sanktionen fürchten zu müssen. Aber wenn die Freiwilligen ausbleiben, kann es schon bald heißen: Wer arm ist, muss an die Front. Der Krieg funktioniert nicht ohne Spardiktat und Kürzungen. Wenn der nächste Politiker meint, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt, sollte man ihn nach den Kosten des Krieges fragen. Man sollte ihn fragen, warum wir für das Umbringen afghanischer Kinder mehr Geld haben als für das Bildungspaket für deutsche Hartz IV-Kinder. Und wir sollten Butter fordern statt Kanonen.

Ralph Lenkert, Heidrun Jänchen



Editorial

Unsere Partei steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Da sind Mitglieder, AG'en, Plattformen und Vorstände auf den verschiedenen Ebenen gefragt sich einzubringen.

LinksBlick! will dazu einen Beitrag leisten und den Prozess der Diskussion befördern. Die Verantwortung von allen Akteuren bei der Entwicklung unserer Partei ist sehr hoch. Bei einer sehr jungen Partei wie unserer, die aus zwei Quellorganisationen hervorgegangen ist, die eine sehr unterschiedliche Geschichte haben, geht das nicht ohne Widersprüche und Konflikte. Fragen, die einst klar schienen, werden neu diskutiert, Fragen, die immer offen gehalten wurden, scheinen nun entschieden.

Die Diskussion um das neue Parteiprogramm, das im Oktober auf dem „Erfurter Parteitag“ beschlossen wird, ist ein wichtiger Meilenstein und wird für programmatische Klarheit sorgen. Dann geht es vor allem darum, etwas für die Menschen zu tun, einen Politikwechsel einzuleiten.

In Thüringen wird im November ein neuer Landesvorstand gewählt, dessen Aufgabe es sein wird, viele Prozesse weiter zu entwickeln, neu anzuschließen oder auch ganz neue Wege zu gehen. Zurzeit gibt es zwei Bewerber für den Landesvorsitz. Für LinksBlick! haben Dirk Anhalt und Thomas Schneider mit den beiden Kandidaten, Steffen Harzer und Knut Korschewsky, gesprochen.

Die Interviews findet Ihr auf Seite zwei und drei.

Jürgen Spilling

Hilf mit!

Jetzt spenden
oder als Helferin
oder Helfer aktiv
werden

DIE LINKE.
THÜRINGEN

www.thueringen-braucht-veraenderung.de

Die Welt lebt von Kompromissen

Wie siehst Du die Positionierung des LV Thüringen innerhalb der Bundespartei, speziell in Bezug auf die laufende Programmdebatte und den BPT in Erfurt im Oktober?

Steffen Harzer: DIE LINKE. Thüringen hat sich gerade in der Programmdebatte gut geschlagen, die Programmgruppe unter Dieter Hausold hat eine hervorragende Arbeit geleistet, die dazu beigetragen hat, den ersten Entwurf an einigen Stellen zu ändern. DIE LINKE. Thüringen ist ein Landesverband der LINKEN, da gibt es keine Positionierung.

Welche Markenzeichen bzw. welche programmatischen Grundaussagen hältst Du für besonders wichtig?

S.H.: Besonders wichtig ist natürlich die Grundaussage zu den Fragen Eigentum, wirtschaftliche Entwicklung und Soziales. Wir sind ja in der Öffentlichkeit bekannt für soziale Gerechtigkeit, wir müssen natürlich auch jeden Tag wieder dafür kämpfen, die soziale Gerechtigkeit darzustellen, für die Menschen verständlich zu machen, dazu bedarf es auch wirtschaftlicher Aussagen, speziell im Finanzbereich, also Steuern, wie wollen wir unsere Forderungen finanzieren? Dazu bedarf es auch der demokratischen Mitbestimmung in wirtschaftlichen Bereichen und dem Finanzsektor. Ich denke, eine weitere Kernmarke der LINKEN ist die Kommunalpolitik, für die ich auch stehe. Das sind die wesentlichen Punkte, die für uns als LINKE stehen, es gibt natürlich noch viele andere.

Was sind in den kommenden beiden Jahren die wichtigsten Aufgaben der LINKEN in Thüringen und warum?

S.H.: Die wichtigsten Aufgaben sind die anstehenden Wahlen der Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister, diese strategisch und politisch vorzubereiten, um möglichst gute Ergebnisse zu erreichen. Für die Bundestagswahlen 2013 und die Landtagswahlen 2014 müssen wir uns strategisch aufstellen, um dort vernünftige Ergebnisse zu erreichen. Wir müssen mit den potentiellen Kandidatinnen und Kandidaten reden, wir müssen mit unseren jetzigen Abgeordneten reden, wir müssen neben der Strategie ein Wahlprogramm erarbeiten.

Unter welchen Voraussetzungen sollte DIE LINKE. Bündnisse mit anderen Parteien eingehen?

S.H.: Unter der Voraussetzung, die der Parteitag beschlossen hat. Im Rahmen unseres Wahlprogramms wird es eventuell zu Koalitionsverhandlungen kommen. Im Rahmen dieser Koalitionsverhandlungen wird aus dem Wahlprogramm das eine mehr, das andere weniger, die Welt lebt von Kompromissen, übernommen werden. Am Ende müssen die Mitglieder auf dem Parteitag entscheiden, ist das in Ordnung oder nicht, was da verhandelt wurde. Die Mitglieder sind die Bestimmenden und die Mitglieder müssen dann sagen: Dieses Koalitionspapier ist gut, unter den

Bedingungen können wir Thüringen neu gestalten und verändern. Dann wird es dazu kommen. Wenn es nicht dazu kommt, wäre das Papier schlecht ausgehandelt.



Wie stellst Du Dir arbeitsfähige Strukturen innerhalb des LV vor?

S.H.: Da muss man eigentlich noch ein bisschen weiter ausholen, denn arbeitsfähige Strukturen setzen arbeitsfähige und aktive Mitglieder voraus und genau da haben wir Probleme mit der demografischen Entwicklung. Ich sehe das an jungen, aktiven Mitgliedern, die, wie wir früher, auch mal Flyer stecken, Zeitungen verteilen und aktiv an Infoständen mitmachen können. Daher müssen wir unsere Strukturen danach ausrichten. Auf dem Landesparteitag hat Jörg ausgeführt, dass wir bis 2015 ca. 1000 Mitglieder in Thüringen verlieren. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf Strukturen. Von der AG Strukturen muss genauer bearbeitet werden, wie soll sich der LV Thüringen aufstellen? Brauchen wir eine starke Geschäftsstelle in Erfurt oder brauchen wir die Leute mehr vor Ort? Am Ende brauchen wir eine Struktur, die bezahlbar ist von den Mitgliedsbeiträgen, die wir haben. Es wird nicht mehr werden.

Welche Rolle spielen Kreisverbände, Kreisgeschäftsstellen und die LGS?

S.H.: Sie spielen eine wichtige Rolle. Sie sind mit ihren Mitarbeitern, Vorständen und Vorsitzenden die Ansprechpartner vor Ort für die Mitglieder. Unabhängig davon brauchen wir, was bereits geschaffen wurde, Regionalstrukturen, wo wir Mitarbeiter beschäftigen, die in den Kreisgeschäftsstellen Ansprechpartner sind. Natürlich brauchen wir eine Landesgeschäftsstelle. Die Frage ist, welche Aufgaben muss diese erfüllen, welche müssen die Regionalmitarbeiter erfüllen und danach muss dann die Personalbemessung ausgerichtet sein. Wir müssen politisch handlungsfähig sein, das ist oberste Prämisse, dazu brauchen wir klare Aufgabenzuordnung und Aufgabenbestimmung und wenn wir diese haben, dann können wir die Strukturen entsprechend ausrichten. Wichtig sind alle drei Bereiche, entscheidend ist die Aufgabenverteilung.

Was sollten hauptamtliche MitarbeiterInnen zur Unterstützung der ehrenamtlichen Tätigkeit innerhalb der KV leisten?

S.H.: Unsere hauptamtlichen Mitarbeiter sollten ihre Arbeitszeit möglichst so einsetzen, dass sie die ehrenamtlichen Mitarbeiter von Arbeiten entlasten, die wiederkehrend sind, Arbeiten, die immer wieder anfallen, die Zeit kosten. Die Ehrenamtlichen haben oft nicht so viel Zeit. Darüber hinaus sollten die Hauptamtlichen organisatorisch wirken bei Veranstaltungen vor Ort, bei der Organisation von Wahlkämpfen. Das sind einfache Sachen, bei denen dürfen wir die Ehrenamtlichen nicht überfordern, da müssen die Hauptamtlichen unterstützen.

DIE LINKE verliert auch in Thüringen Mitglieder. Wie soll in Zukunft mit dem Problem des Mitgliederrückgangs umgegangen werden?

S.H.: Wir können zwei Sachen machen: Wir können uns damit abfinden, dass wir immer weniger werden. Oder wir sagen: Wir finden uns nicht damit ab und machen massiv, aktiv, qualitativ Mitgliederwerbung. Dazu haben wir noch zu wenig getan. Wir müssen für neue Mitglieder auch werben. Da sind wir bei den Wahlen, dass unsere politischen Inhalte durchaus auch bei den Menschen ankommen. Bei den Stadtratswahlen in Hildburghausen z.B. haben wir fast 40%. Da gibt es ja ein Potenzial, die wählen ja nicht nur die LINKE weil da ein Matthias Günther als Fraktionsvorsitzender oder ein Steffen Harzer als Bürgermeister steht. Die wählen ja auch Inhalte. Wenn wir Menschen mit Inhalten erreichen, und das ist ja nicht nur in Hildburghausen so, dann können wir auch Menschen erreichen, bei uns aktiv diese Inhalte mitzugestalten. Aber dazu müssen wir uns als Partei wieder ein Stückchen mehr öffnen und wir müssen als Partei attraktiver werden. Parteiarbeit muss Spaß machen. Was im Moment auf der Bundesebene geschieht, sind Sachen, die machen keinen Spaß. Wir müssen einfach rüberbringen, dass wir vor Ort aktive, offene Kreisverbände haben, dass es Spaß macht, in dieser Partei Politik zu gestalten. Ich denke, dass ist mit vernünftigen Werbemaßnahmen und Inhaltsangeboten erreichbar. Die haben wir durchaus. Und das müssen wir offensiv vermarkten.

Welche grundsätzlichen Positionen zur Kommunalpolitik vertrittst Du?

S.H.: Meine grundsätzlichen Positionen zur Kommunalpolitik sind als kommunalpolitisches Rahmenwahlprogramm auf dem Parteitag in Mühlhausen beschlossen worden. Das habe ich als Verantwortlicher des Landesvorstandes für Kommunalpolitik gemeinsam mit Frank Kuschel, Anke Hofmann und anderen erarbeitet. Dazu gab es auch eine Klausur mit vielen KommunalpolitikerInnen und auch mit Bodo, gemeinsam haben wir hier ein Papier erarbeitet, welches die

grundsätzlichen Positionen darstellt. Ich bin Sprecher für Kommunalpolitik im Landesvorstand und auch im Parteivorstand mit dieser Funktion betraut. Wir bereiten jetzt gerade einen kommunalpolitischen Kongress in Hannover vor, der am 27. August 2011 stattfindet. Ziel des Kongresses ist, damit zu beginnen, die kommunalpolitischen Leitlinien der Partei DIE LINKE. zu überarbeiten. Wie gesagt: Kommunalpolitik ist das, was die PDS nach der Wende auch am Leben gehalten hat. Wer nach Hildburghausen kommt, sieht auch, wie ich Kommunalpolitik lebe, wie ich Kommunalpolitik sehe. Wir sind für die Menschen da, nicht die Menschen für uns. Gesine Löttsch hat nach einem Besuch in Hildburghausen meine Arbeit explizit gelobt. Ich denke, ich bin mit meinen kommunalpolitischen Grundsätzen den Mitgliedern in Thüringen bekannt. Ich stehe dafür, dass wir Kultur, Bildung, Freizeit und wirtschaftlich starke Kommunen für die Bürger entwickeln. Bei uns steht die Gesamtentwicklung der Kommune im Vordergrund, nicht einzelne wirtschaftliche Interessen. Was für mich natürlich auch maßgebend ist, dass wir im Gesamtkontext der kommunalen Entwicklung im Freistaat Thüringen als Partei aktiver eine Rolle einnehmen müssen, für die Finanzausstattung der Kommunen, die von der Landesregierung zusammengestrichen wird, bis zu deren Handlungsunfähigkeit. Bei der Frage Gebietsreform haben wir klare Vorstellungen, die von einer zweistufigen Verwaltung ausgehen. Da führt der Weg hin. Daran müssen wir weiter arbeiten.

Wie stehst Du zum laufenden Volksbegehren für gerechte Kommunalabgaben?

S.H.: Ich finde Kommunalabgaben grundsätzlich nicht gut. Diese sind aber leider ein Finanzierungsbestandteil vieler Kommunen im Freistaat Thüringen und werden es noch mehr werden durch die Kürzungen des KFA's. Ich habe rechtliche Bedenken, was das Volksbegehren betrifft. Das es nicht zulässig ist. Und ich habe ein großes Bedenken, weil es die demografische Entwicklung im Freistaat Thüringen nicht berücksichtigt. Dadurch gehen den Kommunen und den Verbänden finanzielle Mittel verloren, die am Ende zu einer Gebührenerhöhung führen. Von daher habe ich mich an dem Volksbegehren nicht beteiligt. Im Landesvorstand habe ich dafür plädiert, dass wir uns dazu nicht verhalten. Nicht dass wir es ablehnen, das habe ich nicht gesagt, aber auch nicht, dass wir es befürworten, sondern dass wir uns nicht dazu verhalten, weil ich diese rechtlichen Bedenken sehe, die am Ende zu einem Scheitern führen könnten und bis heute nicht ausgeräumt sind. Aber auch der Umstand, dass es immer noch eine finanzielle Belastung der Bürger gibt, vor allem der Bürger im ländlichen Raum.

Grundpositionen nicht über den Haufen werfen

Wie siehst Du die Positionierung des LV Thüringen innerhalb der Bundespartei, speziell in Bezug auf die laufende Programmdebatte und den BPT in Erfurt im Oktober?

Knut Korschewsky: Ich glaube, dass unser Landesverband von Anfang an eine besondere Rolle innerhalb der Partei gespielt hat. Wir haben immer dafür gestanden, dass wir für eine gesamtdeutsche Partei eintreten. Wir haben sehr viel darum gekämpft, dass unsere westdeutschen GenossInnen in Länderparlamente einziehen, dass sie stärker werden. Wir haben die Zusammenarbeit mit westdeutschen Landesverbänden immer sehr intensiv verfolgt und befördert. In Bezug auf die laufende Programmdebatte haben wir großen Wert darauf gelegt, eine breite Diskussion zu entwickeln. Wir haben unterschiedliche Veranstaltungen durchgeführt, so zum Beispiel die Regionalkonferenz in Eisenach mit den LV Saarland, Hessen und Rheinland-Pfalz oder das Ost-West-Treffen im letzten Jahr in Suhl. Wir wurden auf Bundesebene immer als ein LV wahrgenommen, der nicht polarisiert, der nicht in Strömungsauseinandersetzungen involviert ist, sondern der eine Partei für die Bundesrepublik will.

Welche Markenzeichen bzw. welche programmatischen Grundaussagen hältst Du für besonders wichtig?

K.K.: Ich halte für besonders wichtig, dass wir das Thema soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt aller Auseinandersetzungen stellen. Soziale Gerechtigkeit ist mehr als gegen Hartz IV zu sein. Zur sozialen Gerechtigkeit gehört für mich Bildungspolitik, Gesundheitspolitik, da gehören ganz viele Dinge mit rein. Eines unserer wichtigsten Markenzeichen, auch als Alleinstellungsmerkmal, ist unsere Stellung als Antikriegspartei. Wir setzen uns gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr ein und beziehen hier ganz deutlich Position. Das ist für mich unter anderem eine Haltelinie, die wir niemals überschreiten dürfen. Der dritte Punkt ist ganz klar Antifaschismus und Antirassismus, das muss ich nicht weiter ausargumentieren.

Was sind in den kommenden beiden Jahren die wichtigsten Aufgaben der LINKEN in Thüringen und warum?

K.K.: Wir haben am 28. Mai diesen Jahres eine Strategie beschlossen, die bis zum Jahr 2014 geht. Deshalb muss ich etwas weiter ausholen. Wir haben zwei Dinge zu gestalten: Wir haben uns inhaltlich zu positionieren und weiter zu entwickeln und Konzepte zu entwickeln, wie es uns gelingt, einen Politikwechsel in Thüringen vorzunehmen. Es reicht nicht, nur gegenkämpferisch zu sein, wir müssen tatsächliche Konzepte haben. Wir haben bereits gute, so zum Beispiel zur Verwaltungs- und Gebietsreform, für eine bessere Bildungspolitik, für eine Energiewende oder zur Frage Orchester- und Theaterlandschaft in Thüringen. Wir müssen uns da noch breiter aufstellen, wir müssen für

andere Dingen auch ganz konkrete Angebote entwickeln, wie entstehen mehr Arbeitsplätze? Gerade in der jetzigen Diskussion zur Energiepolitik. Damit das gelingt, brauchen wir auch in unserer Partei ein weiteres Umdenken. Wir müssen reagieren darauf, dass die Altersstruktur so ist wie sie ist, da müssen wir etwas verändern und wir müssen die Strukturen unserer Partei so gestalten, dass wir damit zukünftig auch weiter Politik gestalten können. Das geht nicht von heute auf morgen, das wird auch schmerzhaft sein, weil manche Dinge nicht mehr so laufen wie wir sie über Jahrzehnte gewohnt waren. Es geht aber nicht, die Dinge nur vom Kopf her zu gestalten, sondern dazu gehören auch die Füße, dazu gehören die Mitglieder. Mit den Mitgliedern gemeinsam zu entwickeln, wie wir als Partei unsere Strukturen so gestalten können, dass wir die inhaltlichen Punkte auch erarbeiten können.



Unter welchen Voraussetzungen sollte DIE LINKE. Bündnisse mit anderen Parteien eingehen?

K.K.: Grundsätzlich ist für mich Voraussetzung, dass es gemeinsame inhaltliche Positionen gibt, die gemeinsam tragen und wo man seine eigenen Grundpositionen nicht über den Haufen wirft. DIE LINKE. ist grundsätzlich kein Anhängsel der SPD und darf das auch niemals werden. Wir haben eigenständige Positionen und dürfen diese auch nicht verlassen. Ein Beispiel, das ganz wichtig für mich ist, ist die Unterstützung von Bürgerinitiativen, also die Demokratie von unten. Demokratie von unten als Voraussetzung, dass man auch gestalten kann. Ein Beispiel dafür sind die 23.000 Unterschriften für gerechte Kommunalabgaben. Wenn solche Bürgerinitiativen und solche gesellschaftlich relevanten Kräfte uns Unterstützung geben für einen Politikwechsel und sagen „Ja macht das, setzt euch dafür ein!“, dann ist es der Punkt an dem ich sage: Wir sollten mit dafür sorgen gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern, etwas anderes zu gestalten. Aber grundsätzlich nicht unter Verlassen der eigenen politischen Prämissen.

Wie stellst Du dir arbeitsfähige Strukturen innerhalb des LV vor?

K.K.: Da muss man wieder zwei Ebenen sehen, den Landesverband und die Gebietsverbände. Die Ebene der Gebietsver-

bände ist für mich an erster Stelle zu nennen, da hier die Innovation der Mitglieder liegt. Hier werden die Mitglieder gewonnen, hier kommen neue Mitglieder hinzu, hier arbeiten zu 90% die Mitglieder unserer Partei. Sie sind in Basisorganisationen, in AG's und IG's tätig und so weiter. Hier geht es darum, dass wir überlegen, wie es uns gelingt, gerade neue Mitglieder in die Arbeit aktiver einzubeziehen und ihre Ideen aufzunehmen. Ich glaube, dass jeder, der heute zu uns kommt und Mitglied der Partei wird, auch etwas tun will. Uns fehlen derzeit Möglichkeiten, die aktive Mitarbeit dieser GenossInnen in jedem Fall zu gewährleisten. Wir müssen daran arbeiten, dies zu ermöglichen und da müssen auch mal neue Dinge ausprobiert werden. Seien es Arbeitsgruppen oder zeitweilige Zusammenschlüsse für ein konkretes Projekt. Wir dürfen uns nicht entmutigen lassen, wenn beim ersten Mal was nicht so klappt wie man sich das vorstellt. Auf der zweiten Ebene, dem Landesverband: Der Landesvorstand ist ein wichtiges Gremium, ich wünsche mir, dass die Gebietsverbände diesen auch als ein solch wichtiges Gremium sehen und auch dafür sorgen, dass der Landesvorstand mit GenossInnen besetzt wird, die sich inhaltlich in die Debatte einbringen und die der Garant dafür sind, dass wir als Landesvorstand die politische Richtung für den Landesverband vorgeben können.

Welche Rolle spielen Kreisverbände, Kreisgeschäftsstellen und die LGS?

K.K.: Das sind selbstständig agierende Dinge. Ich glaube, dass wir als Partei von „unten“, auch das ist ein Alleinstellungsmerkmal unseres Landesverbandes, immer gut gefahren sind. Die Mitgliederentwicklung ist auch in Thüringen leider rückläufig, hier ist jeder Genosse gefordert und jede Genossin. Wir haben als Landesvorstand dazu Konzepte entwickelt und haben Kampagnen durchgeführt, die sind nicht immer so gelaufen wie wir das wollten. Das hängt damit zusammen, dass jeder Genosse erst mal das Bewusstsein dafür haben muss, selbst etwas dafür zu tun, Mitglieder zu gewinnen. Wir werden nicht von Seiten der Landesgeschäftsstelle die Mitglieder gewinnen können, die laufen uns nicht zu. Da müssen alle was zu beitragen. Ich wünsche mir, dass Landesgeschäftsstelle, Kreisgeschäftsstellen, Kreisvorstände und Landesvorstand in einem solidarisches Miteinander, aber auch im solidarisches Streit, Positionen ausdiskutieren und dann gemeinsam an einem Strang ziehen. Es muss uns zukünftig gelingen noch, deutlicher zu machen, dass wir eine Partei sind und nicht einzelne Parteien in unterschiedlichen Kreisen. Wenn wir eine Kampagne durchführen, muss jeder Kreis für sich diese Kampagne verstehen und diesen Beschluss, den ein Landesvorstand oder ein Landesparteitag gefasst hat, wahrnehmen und durchführen, so dass Beschlüsse nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch Wirklichkeit werden.

Was sollten hauptamtliche MitarbeiterInnen zur Unterstützung der ehrenamtlichen Tätigkeit innerhalb der KV leisten?

K.K.: Die hauptamtlichen MitarbeiterInnen sind aus meiner Sicht Dienstleister. Sie sollten nicht die Besetzer der Geschäftsstellen sein oder die KassiererInnen, sondern sie sollten die politische Innovation, die aus dem Landesvorstand bzw. der Landespartei kommt, in die Gebietsverbände tragen und als Dienstleister Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit in den Kreisverbänden leisten. So verstehe ich auch die Aufgabe der Landesgeschäftsstelle.

DIE LINKE. verliert auch in Thüringen Mitglieder. Wie soll in Zukunft mit dem Problem des Mitgliederrückgangs umgegangen werden?

K.K.: DIE LINKE. hat in Deutschland nur eine Chance wenn sie weiterhin eine Mitgliederpartei bleibt. Dies war immer die Stärke der LINKEN und muss auch die Stärke der LINKEN bleiben. Es nutzt nichts, nur mit Beschlüssen von Vorständen oder Parteitagen Mitgliederkampagnen auszurufen, sondern jedem Mitglied muss bewusst sein, dass alleine in seinem Umfeld viele Nichtmitglieder sind und selber dafür Verantwortung tragen, dass neue Mitglieder gewonnen werden. Von den 30 Prozent, die uns wählen, kann auch das eine oder andere Prozent Mitglied unserer Partei werden. Das geht nicht nur mit Beschlüssen und das kann kein Vorsitzende oder Vorsitzende und keine Geschäftsführerin oder Geschäftsführer alleine, dazu muss jedes Mitglied seinen Beitrag leisten.

Welche grundsätzlichen Positionen zur Kommunalpolitik vertrittst Du?

K.K.: Erstens: Demokratie von unten, Bürgerbeteiligung, gläserne Rathäuser. Zweitens: ehrenamtliche Bürgermeister, Ortsteilbeiräte, Ortsteilbürgermeister, die wirkliche Ausformulierung der Demokratie von unten. Bürgerbeteiligung heißt für mich auch ganz klar die Unterstützung von Bürgerinitiativen. Das heißt auch, dass Bürger entscheiden, welche Projekte in einer Kommune und in einer Gemeinde angefangen werden sollen und dass nicht die Verwaltung entscheidet. Die Verwaltung muss Ausführungsorgan der Bürger sein. Als Stichwort Bürgerhaushalt.

Wie stehst Du zum laufenden Volksbegehren für gerechte Kommunalabgaben?

K.K.: Das unterstütze ich mit jeder Haarschwurzel. Viele Jahre haben die Bürgerinitiativen und auch wir als LINKE darum gekämpft. Ich bin froh, dass die 23.000 Unterschriften zustande gekommen sind. Ich hoffe, dass die Präsidentin des Thüringer Landtags sich nicht darauf bezieht, dass ein Gericht entscheiden soll, ob das zugelassen wird, sondern sie selbst entscheidet. So dass die Bürger selbst entscheiden können. Ich werde das Begehren unterstützen, wo ich kann.

Termine

- **27. August:** Friedensfest der LINKEN in Gera
- **10. September:** Landesentwicklung und Regionalplanung. Veranstaltung des KOPOFOR, der Linksfraktion im Thüringer Landtag und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Infos unter Tel.: 03677 / 2096967 oder info@kopofor-thuer.de
- **17. September:** Nazis Paroli bieten?! Zum Umgang mit Mandatsträgern der NPD in den Kreistagen und Stadträten. Seminar vom KOPOFOR, Mobit und dem Projekt "NiP - Nazis in Parlamenten Thüringen". Anmeldung & Infos unter Tel.: 03677 / 2096967 oder info@kopofor-thuer.de
- **17.-18. September:** Landesjugendtreffen der Linksjugend, Schloß Niedernburg, Infos: strostorff@die-linke-thueringen
- **06. Oktober:** 20 Jahre LAG SeniorInnen
- **21. Oktober:** Lesung mit Daniel Blatman: Die Todesmärsche 1944/45. Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords, Eckermann-Buchhandlung, Weimar (Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen)
- **21.-23. Oktober:** Bundesparteitag in Erfurt
- **29. Oktober:** Friedenskonferenz, Gotha
- **5. November:** Antifaschistischer Ratschlag, Gera
- **5.-6. November:** Landesparteitag in Sömmerda
- **03. Dezember:** 2. LiMAregional in Erfurt, Fachhochschule, www.linke-medienakademie.de

Impressum

LinksBlick! Mitgliederzeitung der Partei DIE LINKE. Thüringen
 Redaktion: Dirk Anhalt (V.i.S.d.P.), Katrin Christ-Eisenwinder, Thomas Schneider, Jürgen Spilling, Paul Wellsov
 Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt
 fon 0361 - 60 111 54
 fax 0361 - 60 111 41
 lgeschaefsstelle@die-linke-thueringen.de
 www.die-linke-thueringen.de
 Druck: TA Druckhaus GmbH & Co. KG

Der LinksBlick! erscheint viermal im Jahr. Er wird allen Mitgliedern der Partei DIE LINKE. Thüringen auf dem Postweg zugesandt.

Erscheinungstermin für die nächste Ausgabe ist der 15. November 2011.
 Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 24. Oktober 2011.

Auf zum Friedensfest nach Gera

DIE LINKE. Gera wird gemeinsam mit dem Landesverband DIE LINKE. Thüringen am Samstag, den 27. August 2011, von 14.00 bis 18.00 Uhr, das 17. Friedensfest durchführen.

Wie immer hat diese Veranstaltung am Vorabend des Weltfriedenstages den Charakter eines kinderfreundlichen Familienfests. Unser Friedensfest ist seit vielen Jahren eine feste Institution im politischen Leben des Stadtverbandes und der Stadt Gera insgesamt. An diesem Tag kann jeder DIE LINKE in Gera, die Abgeordneten des Bundes- und des Landtages sowie die Stadtratsmitglieder im Rahmen eines unterhaltsamen und politisch anspruchsvollen Bühnenprogramms in Aktion erleben bzw. kennen lernen.

Mit dabei sein werden in diesem Jahr der Vorsitzende der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament Prof. Dr. Lothar Bisky, der Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag Bodo Ramelow, die di-

rekt gewählten Geraer Landtags- und Bundestagsabgeordneten Margit Jung, Dieter Hausold und Ralph Lenkert.

Für eine vielfältige künstlerische Unterhaltung werden „Die Hurensöhne“ mit ihren großen Hits des Ostens, Michael Barakowski und der Rockgeiger „Hans die Geige“ ebenso sorgen wie der Intendant des Rudolstädter Theaters Steffen Mensching, der Texte aus seinem Buch „Ohne Theo nach Lodz“ darbieten wird. Zahlreiche Vereine und Verbände unserer Stadt und auch aus der Region werden über ihre Arbeit informieren bzw. Produkte der Region zum Kauf anbieten.

Dabei gibt es natürlich auch wieder viele Möglichkeiten zum persönlichen Gespräch. Wir wollen trotz der ersten Thematik mit unserem Friedensfest deutlich machen, dass Politik bei der LINKEN unterhaltsam und familienfreundlich gestaltet wird, um so auch Interesse zur Mitarbeit in unserer Partei zu wecken.

Deshalb möchten wir neben den Mitgliedern unserer Partei auch deren Familien, Freunde und Bekannten recht herzlich einladen und langfristig auf diesem Termin aufmerksam machen.

Wir freuen uns, ganz viele Mitglieder, Sympathisanten und Wähler der LINKEN sowie ihre Angehörigen zu unserem Friedensfest am Samstag, den 27. August 2011 auf dem Platz vor dem Kultur- und Kongresszentrum begrüßen zu können.

Veranstaltungsplan

- 14.00 Uhr:** Begrüßung
- 14.30 Uhr:** Die Hurensöhne präsentieren die großen Hits des Ostrocks
- 15.00 Uhr:** Politische Gesprächsrunde (u. a. Bodo Ramelow)
- 15.30 Uhr:** Die Hurensöhne und der Rockgeiger „Hans die Geige“
- 16.00 Uhr:** Übergabe Sportförderpreis der Geraer LINKEN
- 16.15 Uhr:** Politische Hauptrede (Prof. Dr. Lothar Bisky)
- 16.45 Uhr:** „Zeit die nie vergeht“, Die Hurensöhne und Michael Barakowski

2. Linke Medienakademie regional in Erfurt



Am 3. Dezember 2011 findet die zweite Thüringer „Linke Medienakademie“ an der Erfurter Fachhochschule statt.

Öffentlichkeitsarbeit für Kommunalpolitiker, Gestaltung von Internetseiten, Datensicherheit oder Rhetorik – das sind nur einige Themen, die in den insgesamt etwa 10 Workshops unter Anleitung erfahrener Medienmacher behandelt werden.

Das Ziel: Gegenöffentlichkeit und linke Medien sollen so gestärkt werden. In zwei Diskussionsrunden wird zudem die „Medienwüste“ beleuchtet: Wolfgang Storz, ehemaliger Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“, wird seine aktuelle Studie über die BILD vorstellen und eine Reihe von alternativen und linken Medienmachern wird abschließend diskutieren, welche mediale Öffentlichkeit in Thüringen ei-

gentlich wünschenswert wäre. Veranstaltet und unterstützt wird die Akademie von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Fraktion DIE LINKE im Landtag, dem Kommunalpolitischen Forum, den Roten Reportern, der DGB Jugend, Radio F.R.E.I., der UNZ und der AG politische Bildung der Partei DIE LINKE. Programm und Anmeldung ab September unter

www.linke-medienakademie.de

Reader Zukunftswerkstatt

Am 4. April diesen Jahres fand unter dem Titel "Politik für die Zukunft, die heute beginnt" eine Zukunftswerkstatt in Neudietendorf statt.

Von dieser Veranstaltung wurde ein Reader erstellt, der die Ergebnisse der drei Arbeitsgruppen dokumentiert. Wer ein Exemplar davon haben möchte, wendet sich bitte an Steffen Trostorff, Tel.: 0361 - 60 111 43 oder per E-mail: strostorff@die-linke-thueringen.de.

Helferinnen und Helfer gesucht

Vom 21. bis 23. Oktober 2011 findet in der Messe Erfurt der Programmparteitag der Partei DIE LINKE. statt. Der Programmwurf ist im Bundesvorstand beschlossen und der Parteitag einberufen.

Jetzt haben wir eine große Verantwortung dafür, dass der Parteitag unter organisatorischen Rahmenbedingungen stattfindet, die eine erfolgreiche Arbeit ermöglichen.

Um alle Voraussetzungen für einen erfolgreichen Verlauf zu schaffen, braucht der Parteitag in Erfurt viele helfende Hände bei der Organisation und unmittelbaren Durchführung. So werden Ordnerinnen und Ordner, Zählerinnen und Zähler, Materialverteil-

rinnen und -verteiler, Besetzungen für Informations- und Anmeldestände, Kinderbetreuung usw. benötigt.

Bitte meldet Euch in der Landesgeschäftsstelle per Mail: lgeschaefsstelle@die-linke-thueringen.de oder über Telefon: 0361-6011130.

Viele Hände - gutes Ende



UNZ
 UNSERE NEUE ZEITUNG

Jahresabo für 24,40 €

zu bestellen unter:

www.unz.de

verlag@unz.de

fon 0361-73 15 79 5